

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

15.4.1919 (No. 90)

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. u. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.42 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeitzeile oder deren Raum 30 P. zugüglich 20 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Walschneidung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Um den Wilson-Frieden.

Nach einer Meldung des „Allgemeinen Handelsblatt“ aus London schreibt der Newyorker Korrespondent des „Daily News“ anlässlich der Angriffe, die von kontinentalen Imperialisten auf Amerika unternommen werden: „Es steht der Welt frei, den Frieden zu schließen, der ihr am besten paßt, und wir werden die unvermeidlichen Folgen davon tragen müssen. Die neue Welt hat aber ihrerseits das Recht darauf, sich einem so gefährlichen Zustande zu entziehen. Clemenceau kann genau den Frieden schließen, den er will, wenn er von Amerika nicht verlangt, daß es ihn garantiere. Nach Ansicht der verständigen Amerikaner treibt Frankreich damit, daß es das Recht verlangt, für die Dauer große Teile der deutschen Bevölkerung unter sein Joch zu bringen, einem künftigen Weltkriege zu, in dem Frankreich nicht imstande sein wird, sich anders zu verteidigen, als mit Hilfe seiner Freunde. Nach amerikanischer Auffassung würde es, selbst, wenn es bereit von fremdem Schutze abhängen würde, durch einen Krieg viel mehr verlieren, als es durch die Koffenselder an der Saar gewinnen kann.“

In einem Artikel in der „Daily News“ fragte Gardiner: „Müssen wir Engländer Frankreich unterstützen oder Amerika? Beide zugleich können wir nicht unterstützen, weil ihre Forderungen einander entgegengesetzt sind. Die englische Regierung muß sich entweder mit Frankreich für einen militärischen Frieden erklären oder mit Amerika für einen reinen Frieden. Sie wird auf jeden Fall der Dämonie sein. Wir dürfen und nicht ihre Führer lassen. Amerika steht entschlossen hinter seinem Präsidenten und einem Weltfrieden und gegen einen französischen Frieden. Wenn Wilson den Frieden, den er wünscht, bekommen kann, wird das Land ihn unterstützen. Wenn er ihn nicht bekommt, dann wird es ihn ebenfalls unterstützen, aber zu dem Zweck, Europa im Stiche und seine eigene Suppe auslöffeln zu lassen. Amerika wird dann in seine isolierte Stellung zurückkehren, die aber nicht so fein wird wie früher, sondern eine bewaffnete Isolierung. Es wird sich dann auf den Banterio t Europas im nächsten Weltkriege vorbereiten müssen. Es ist jetzt die Pflicht, einen amerikanischen Frieden zustande zu bringen. Demgegenüber muß alles andere zurückgehen.“

Der neue Reichsfinanzminister.

In der am Sonnabend nachmittag abgehaltenen Fraktionsberatung der demokratischen Partei wurde an den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Schiffer die einstimmige Bitte der Fraktion gerichtet, in Ämte zu bleiben. Dr. Schiffer lehnte diese Bitte ab und begründete seinen Entschluß. Die Fraktion schritt darauf zur Wahl eines Nachfolgers aus ihrer Mitte; die Erörterungen dauerten mehrere Stunden und hatten als Ergebnis die einstimmige Wahl des Staatssekretärs a. D. Dr. Bernhard Lenzburg, der die Wahl annahm. Die Reichsregierung wurde von dem Ergebnis in Kenntnis gesetzt. Dr. Lenzburg wird die Geschäfte voraussichtlich schon in den nächsten Tagen übernehmen.

Die Ereignisse in Bayern.

Aus Augsburg meldet das ZTB. vom 14. April: Der Schnellzug 240 nach München ging gestern abend statt um 10 Uhr erst um halb 12 Uhr von hier ab. Er wurde nur bis Pasing abgefertigt, weil um diese Zeit im Münchener Bahnhofstrassen n heftige Kämpfe stattfanden. Es wurden Minen geworfen und das Durcheinander des Kampfes war so groß, daß Freund und Feind sich nicht mehr auskannten. 60 Verwundete wurden gezählt. Das Innere des Bahnhofgebäudes wurde demoliert und geplündert. Heute ist der Verkehr nach München mit Schwierigkeiten verbunden. Die Züge werden abgefertigt, erreichen im günstigsten Falle aber nur Pasing. Es kommen keine Züge von München hier an. Die Strecke nach Neu-Ulm ist wieder frei. Sie war nicht zerstört, sondern zwischen Mößlshofen und Dinkelscherben haben regierungstreue Arbeiter und Soldatenräte der Bezirksämter dort die Züge nicht durchgelassen. Die Strecke nach Donauwörth ist frei.

Aus Nürnberg wird einer Berliner sozialdemokratischen Korrespondenz gemeldet: „In Nord- und Südbayern ist alles in bester Ordnung. In München steht die weitans größere Zahl der Truppen auf Seiten der Regierung Hoffmann. Die Kommunisten haben eine hohe Anzahl von Arbeitslosen bewaffnet und es finden dort immer noch Kämpfe zwischen ihnen und den Regierungstruppen statt. Jedoch beherrschen die Regierungstruppen völlig die Lage.“

Plünderungen in Stettin.

Zu Ausschreitungen und Plünderungen kam es in Stettin, durch Grebender der Spartakisten ausgewählt. Die Menge stürmte die großen Lager der Firma Schanz, wo große, für die Reichsstelle bestimmte Mengen Butter, sowie Seife und Fischkonserven lagerten. Die Menge erbrach die großen Türen. Ein starkes Schußmanöver sperrte später den Platz ab. Die Freifahnenwache wurde verstärkt.

Der goldene Mittelweg zur Erreichung der Einheitsschule.

Von Dr. S. C. H. e. n. d. - R. o. r. a. d. *

Das Problem der Einheitsschule beherrscht zur Zeit fast alle organisierten, pädagogischen und methodischen Erörterungen der Lehrer-Zeitungs- und Zeitschriften. Für und Wider wurden eifrig verfochten. Auch die politischen Parteien haben zu der Forderung der Einheitsschule in ihrem Parteiprogramm oder in öffentlichen Kundgebungen Stellung genommen. Um welche Einheitsschule handelt es sich? Noch kann man nicht von einer Einheitsschule reden, da die Organisationspläne dieser Zukunftsschule (Pläne von Tews, Rein, Kerchensteiner, Schulz usw.) in manchen wichtigen Fragen auseinander gehen.

Es muß auch hier, auf dem Gebiete der Schulorganisation, ein Kompromiß geschlossen werden; auch hier wird der goldene Mittelweg die Verwirklichung der Hauptgedanken der Einheitsschule am besten zur Durchführung gelangen lassen.

Und die grundlegenden Gedanken dieser großzügigen Schulreform sind:

- 1. Allen Kindern ist der ihren Gaben, Kräften und Neigungen entsprechende Bildungsgang zu gewähren.
2. Die Entscheidung für die Wahl der einzelnen Schulgattungen muß hinausgeschoben werden.
3. Ein Übergang zwischen den einzelnen Schulgattungen ist ohne großen Verlust und ohne große Vergeudung an Arbeitskraft zu ermöglichen.

Der folgende Plan will diesen Gedanken gerecht werden. (Diese Ausführungen beschäftigen sich nur mit der Organisation und nicht mit dem in einem Ausbau der einzelnen Schulstufen der Einheitsschule.)

Der Unterbau der Einheitsschule — die Grundschule — soll nicht vier oder sechs, sondern acht Schuljahre umfassen.

Einerseits muß nicht nur eine breite und haltbare Grundlage geschaffen werden, damit die höheren Stufen dieses Bildungsganges nicht auf Sand, sondern auf festem Urgestein sich aufbauen, sondern die Entscheidung für die Wahl der verschiedenen an die Grundschule sich anschließenden Schulgattungen muß auch mit bewusster Absicht hinausgeschoben werden. Andererseits darf aber auch durch einen sechs oder sieben oder achtjährigen Unterbau die Erreichung des berechtigten Zieles der höheren Schulen nicht gefährdet werden.

Diese Doppelforderung wird durch eine fünfjährige Grundschule erreicht. (Beginn aller Schulen im Herbst.) Der Eintritt in die jetzigen höheren Schulen erfolgt nach dreizehnjährigem Volksschulbesuch mit Erreichung des 9. Lebensjahres; nach diesem Pläne der Einheitsschule erst nach fünfjähriger Grundschule nach Erreichung des 11. Lebensjahres.

Aber noch weitere Vorteile sind mit dieser fünfjährigen Grundschule verbunden. Der Volksschul-Ergänzungsbau der Grundschule — ich nenne ihn obere Volksschule, da der Name Bürger- oder Volksschule sich meines Erachtens nicht eignet — umfaßt drei Schuljahre, sodas auch in diesem Oberbau wieder nachdrücklich für die Erreichung des Zieles der Oberstufe der Volksschule gearbeitet werden kann. Ein zweijähriger Oberbau bringe zweifellos zu sehr in der Luft.

Die höheren Schulen würden bei fünfjährigem Unterbau sieben Schuljahre umfassen, sodas trotz durchgreifender Änderung der Lehr- und Stoffpläne die eigentlichen Ziele, welche die Erziehung solcher höheren Schulen berechtigen, erreicht werden könnten.

Ein großer Vorteil, der von erzieherischem Standpunkte aus sehr hoch zu bewerten wäre, ist, daß alle Schüler vom Lande, welche sich einer höheren Weisheitsbildung widmen möchten, bis zum 11. Lebensjahre (statt 9. Lebensjahre) in der Familie bleiben könnten; und Familienverhältnisse sind stets die wertvollste Erziehung. Die Ausbildungskosten für solche Kinder würden durch die fünfjährige Grundschule wesentlich verringert werden, sodas schon hierdurch manchen minderbemittelten Eltern auf dem Lande eher die Möglichkeit gegeben würde, ihrem Kinde die den Gaben, Kräften und Neigungen entsprechende Erziehung zukommen zu lassen. Der fremdsprachliche Unterricht wird wohl um zwei Jahre verschoben — dies ist aber kein Nachteil, sondern aus psychologischen Gründen ein Vorteil.

An die fünfjährige Grundschule schließt sich an: 1. die obere Volksschule mit drei Schuljahren (diese beiden Schulen bilden die heutige Volksschule) 2. die Mittelschule mit vier Schuljahren. 3. die höheren Schulen mit sieben Schuljahren.

1. Die obere Volksschule befindet sich in jeder Gemeinde; der weitere Aufbau dieser Schule ist die mit ihr eng verbundene vierjährige Fortbildungsschule oder das vierjährige niedere Fachschulwesen (Gewerbeschule usw.).

2. Die Mittelschule umfaßt vier Jahre mit einer Fremdsprache (Engl. oder Franz.). An diese Mittelschule schließt sich das mittlere Fachschulwesen an, wie Gewerbeschule, Handelsschule, Baugewerbeschule, Kunstgewerbeschule usw. Befindet sich die Mittelschule in einem Städtchen, in welchem sich kein Gymnasium befindet, so kann an diese Mittelschule ein gymnasialer Abt von drei Jahren mit fünf bis sechs Wochenstunden Latein angeschlossen werden.

* Wir geben nachstehend einem praktischen Schulmann das Wort, ohne damit der Stellungnahme der Regierung vorzugreifen zu wollen; Red.

Wenn der dreijährige Unterbau der höheren Schulen unterteilt sich nur durch die Fremdsprache (Latein oder Engl.) von dem Lehrpläne der Mittelschule. Durch diese sogenannte Mittelschule kann die endgültige Entscheidung eines Kindes, ob es sich den gelehrten Berufen, also dem Gymnasium oder der Oberrealschule, bezw. dem Realgymnasium zuwenden will, noch um drei weitere Jahre hinausgeschoben werden, da der Schüler ungünstigenfalls nur mit Nachholen einer Sprache (Latein oder Engl.) in die höhere Schule übertreten kann. (Siehe höhere Schule.)

Und der weitere große Vorteil ist, daß die Schüler vom Lande, welche die höhere Schule besuchen wollen, aber in diesem Falle in einer Stadt untergebracht werden müßten, diese Mittelschule im eigenen oder wohl in einem benachbarten Städtchen ohne großen Aufwand besuchen könnten, indem sie in den gymnasialen Abt eintreten. Da ja diese Mittelschule für viele Berufe die Durchschnittsschule bildet, müssen in vielen Städtchen solche errichtet werden. Auch hierdurch würden sich für manche Familien auf dem Lande die Ausbildungskosten für ihre Kinder nicht unwesentlich verringern.

3. Die höheren Schulen, Gymnasium, Oberrealschule und Realgymnasium gliedern sich in einen Unter- und in einen Oberbau. Der Unterbau dieser höheren Schulen umfaßt drei Schuljahre, der Oberbau vier Jahre, sodas die höheren Schulen von sieben Jahren gebildet werden. In dem Unterbau von drei Jahren wird nur eine Fremdsprache erteilt und zwar mit fünf bis sechs Wochenstunden. (Latein — Gymnasium; Engl. — Realschule; Franz. — Realgymnasium.) Mit Ausnahme dieser einen Fremdsprache besteht zwischen dem dreijährigen Unterbau der höheren Schulen und den drei unteren Jahren der vierjährigen Mittelschule kein Unterschied im lehrplanmäßigen Stoffe, sodas der Unterbau der höheren Schulen ebenso als Mittelschule zu gebrauchen ist, wie umgekehrt. Nur durch die Wahl der Fremdsprache entscheidet sich der Schüler vorerst für die Mittelschule oder für eine höhere Schule. Auf diesem Wege ist es möglich, daß ein Schüler von 14 Lebensjahren noch von einer höheren Schule in eine andere übertreten kann, da er nur den Wissensstoff einer Fremdsprache nachholen müßte. Und diese erleichterte Möglichkeit des Übergangs gehört zum Wesen der Einheitsschule.

Erst der vierjährige Oberbau der höheren Schulen (also allgemein erst vom 14. Lebensjahre ab) stellt mehr und mehr das Charakteristische der Eigenart der Schule in den Vordergrund. Das Gymnasium soll seine Schüler in die altklassische Kultur des griechischen und römischen Zeitalters mit den beiden Sprachen, Latein und Griechisch, einführen. Die Oberrealschule will den Schülern die moderne Kultur mit den zwei modernen Sprachen, Englisch und Französisch, übermitteln, und das Realgymnasium will beiden großen Kulturwelten durch die Sprachen Latein und Französisch gerecht werden.

In keiner höheren Schule dürfen mehr als zwei Sprachen unterrichtet werden. An die höheren Schulen, welche keine Berufsschulen sind und sein sollen, schließen sich die eigentlichen Berufsschulen für höhere Berufe an also Universität, techn. Hochschule, Handelshochschule usw.

Ich bin überzeugt, daß durch diese Organisation die höheren Schulen wohl in der Lage sein werden, die wertvollen Kulturwerte der Gegenwart und der Vergangenheit den Schülern, deren Gaben, Kräfte und Neigungen diesen Schulen entsprechen, zu übermitteln. (Die höheren Schulen werden in der Zukunft doch durch den Wegfall vieler ungenutzter Schüler wesentlich entlastet.)

Und trotz dieses vielfältigen Schulbaues würde dieser Schulorganismus nicht dem Gedanken der Einheitsschule gerecht werden! Wir müssen noch eine Schule haben, welche auch den Schülern, welche die Grundschule und die obere Volksschule (also bisherige Volksschule) mit gutem oder sehr gutem Erfolge durchlaufen, die Möglichkeit gibt, auf völliger deutscher Grundlage ohne jegliche Fremdsprache so weit gefördert zu werden, daß sie die höheren Berufsschulen (Universität, Polytechnikum, Kunstgewerbeschule usw.) besuchen können, sofern keine Sprachschwierigkeiten vorausgesetzt werden. Diese deutsche Schule umfaßt fünf Jahrgänge, mit Grundschule und der oberen Volksschule zusammen dreizehn Schuljahre.

Dieser schulische Aufbau der Einheitsschule führt in der Tat ein weitgehendes Zusammengreifen aller Schulen herbei. Und hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, jeden Schüler in den Beruf kommen zu lassen, in welchem er seine ganze Kraft, gepaart mit dem freudigen Willen seiner Seele zu seinem persönlichen Glücke und zur Wohlfahrt des Ganzen auswirken kann.

Deutsche Nationalversammlung.

In der Montagsitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß Abg. Dietrich-Baden (Dem.) sein Mandat niedergelegt hat. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Lebensmittelpollaktion.

Abg. Wähle (Soz.): Wir verlangen Verteilung der ausländischen Lebensmittel nach der Bedürftigkeit. Die Entente müßte unsere Notlage sehr aus, aber die Verteilung werden noch verschlechtert durch die fortwährenden Streiks, deren Folgen ein weiteres Sinken der deutschen Baluta ist. Unsere Arbeiter sollten sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. Im Notfall müssen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit jeder Verbraucher, auch der Kinderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann. Wir for-

... in Festhaltung an der Zwangswirtschaft, so lange ein Anknüpfen an den notwendigsten Lebensmitteln besteht.

Ernährungsminister Schmidt: Ich kann nicht mit der Verteilung warten, bis eine gleichmäßige Abgabe an das ganze Land stattfinden kann. Ich muß zunächst gewisse Bezirke bevorzugen. Nur durch Betrug oder Diebstahl könnten die ausländischen Lebensmittel in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werden. Was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beunruhigt ist, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert worden sind. Diese Vorgänge vermindern unseren Kredit im Auslande und erschweren erheblich die Einfuhr. Beunruhigend ist auch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können. Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege befindlichen Lebensmittelgeschiffe, wenn wir nicht die Finanzierung der Lebensmittel aufbringen können, noch auf der Fahrt umbricht werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Durch die Streikfrage, ob bei der Entlassung eines Angestellten, diese oder jene Angestelltengruppe mitzubestimmen hat, kommt die Nation in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt zu werden. Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kali als Zahlungsmittel auszuführen. Schließlich kann doch nicht eine einzelne Gewerkschaft unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf der unangenehmsten Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Wenn die Arbeitgeber eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich: Niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt, als die Vergarbeiter mit ihren Forderungen. (Mit erhobener Stimme): Wenn in der Bevölkerung Unruhen vorhanden sind, so mögen sich die Bewohner an die einzigen Schuldigen halten. Was die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so handelt es sich für den Augenblick nur darum, wohin die Bestände, die im beschränkten Umfange vorhanden sind, geleitet werden sollen. Darauf antworte ich: Den die großen Städte, wo sie am dringendsten benötigt werden. Ich werde mich durch keine Vorstellungen davon abbringen lassen, diese bevorzugten Lieferungen durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig, denn es handelt sich dabei um Industriebezirke, die in erster Linie beruhen auf unserer wirtschaftlichen Lage wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein vorzügliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund zu einem erheblichen Teile zweifellos in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben. Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt, ist unberechtigt. Die einzigen Schuldigen sind wir selbst, nämlich infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens. Unsere Valuta finkt fortgesetzt. Der Speck, den ich am 14. März mit 8,37 M. das Kilo in Aussicht stellte, ist durch das Sinken der Valuta am 10. April schon auf 10,82 M. gestiegen. Man hat meine Grundpreispolitik bemängelt. Ich brauche noch einen Zusatz von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. Die Zwangswirtschaft ist also nicht zusammengebrochen. Gätten wir für die großen Betriebe der Landwirtschaft Kohlen, so wäre noch viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich dann die 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus fremdem ausländischen Mehl hinzusetze, so ergibt das einen Fehlbetrag für die Reichskasse von 1 Milliarde Mark. Dieser Fehlbetrag erhöht sich noch um 1,5 Milliarden Mark durch das Mehl, das ich durch den Ausfall der Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichskasse bei der Gesamtlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich auf den Preis des Mehles eine Mitsopprimie hinzuschlagen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarten ein größeres Quantum Mehl genommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot. Für die Verteilung der Einkünfte aus dem Auslande konnten wir eine neue Pflichtgesellschaft gründen oder eine große Expeditionsfirma beauftragen. Ich habe das Letztere gewählt. Arbeiter- und Kohlenmangel erklären, daß wir keinen Zucker und auch keine Marmelade haben. Die Zwangswirtschaft der Eier wurde aufgehoben, weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stand. Da haben gerade die Kleinbauern die Aufhebung verlangt, und die Regierung hat alles Interesse daran, mit den Kleinbauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen besseren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterschaft. Wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in unserer Lage.

Abg. Schlaf (Ztr.): Die hohen Preise für die Auslandslebensmittel können gerade von den schlecht gestellten, kinderreichen Familien nicht gezahlt werden, die eine Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. Hier muß vom Reiche Hilfe geleistet werden. Der Streik muß jetzt überhaupt als Kampfmittel aufgegeben und das Schiedsgerichtsverfahren an seine Stelle treten. Die Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Auslands bietet uns in Zukunft die Möglichkeit einer besseren Lebensmittel-

versorgung. Die Mächte, die uns immer drückendere Bedingungen auferlegen wollen, sollten bedenken, daß sie dadurch die Interessen der Gemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland fällen.

Abg. Dr. Berschhofen (Dem.): Die mehr als 100%ige Besteuerung des ausländischen Mehls wirkt stimmungserregend auch bei denen, die an sich zahlungsfähig sind. Durch die Verteilung der Kommunen wird der Preis noch weiter verteuert. Ich bin dafür, die Kommunen auf diesen Gebieten ganz auszuscheiden. Als Beteiligungsstellen sind sie gar nicht zu benutzen. Was uns jetzt allein noch retten kann, ist die Arbeit. Sonst verlieren wir im Auslande jeden Kredit und können nicht mehr kaufen. Dazu gehört, daß eine andere Einstellung in unserer Arbeiterschaft nachgehalten wird, als sie jetzt maßgebend ist, und vor allen Dingen muß die Zwangswirtschaft bei der Einfuhr und Verteilung der Rohstoffe beseitigt werden. Der Kredit, auf den wir uns allein noch stützen können, ist der, den sich die privatwirtschaftlichen Unternehmungen in jahrzehntelanger Arbeit draußen erworben haben. Er tritt in dem Augenblick in die Erscheinung, in dem das Ausland sich fügen kann, in Deutschland haben sich wieder gesunde Zustände an.

Abg. Arnstadt (D. Nat.): Wir erkennen dankbar an, daß der Minister gut genug gezeigt hat, wie die Dinge liegen, und die Verhältnisse so dargestellt hat, wie sie sind. Die Zwangswirtschaft hat veragt. Mindestens eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft ist möglich. Wenn wir die Eigenwirtschaft fördern und dem Landwirte ausreichende Preise gewähren, dann wird die Landwirtschaft wieder in die Lage kommen, unser Volk besser und billiger zu ernähren. Die Regierung soll alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähiger zu erhalten.

Abg. Zupke (D. Vp.): Die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit gehen, denn wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, so wird der Preis der ausländischen Lebensmittel sinken. Wir wünschen einen allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft. Die Landwirtschaft würde zugrunde gehen, wenn auch nur der leiseste Versuch ihrer Sozialisierung gemacht werden würde. Die Zwangswirtschaft muß verschwinden und an ihre Stelle muß treten straffe Selbsttätigkeit der Landwirte und der Verbraucher.

Abg. Bumm (H. S. P.): Durch die Streiks wird allerdings unter Volkswirten sehr gehäuft. Aber die Schuld trägt die jetzige Wadelpolitik der Regierung, die den Vergarbeitern erst jetzt das bewilligt, was ihnen schon vor Wochen hätte bewilligt werden müssen. Wenn unsere Vergarbeiter und unsere Industrie nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. Deshalb muß die Regierung die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen. Die Reichskasse muß den Fehlbetrag aus den teureren Mehlpreisen tragen. Die arme Bevölkerung muß vor allem kräftig ernährt werden. Dem freien Handel werden schon jetzt zu viele Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter müssen erst wieder Glauben und Vertrauen zu ihren Vertretern gewinnen, dann werden sie auch ihre Ruhe und ihre Arbeitslust wieder bekommen.

Ernährungsminister Schmidt: Wenn es den Unabhängigen ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterschaft, wieder zur Arbeit zurückzuführen, so mögen sie einen entsprechenden Appell an ihre Vertrauensleute im Industriegebiet richten. Bis jetzt haben sie das Gegenteil getan.

Oberst Bahig: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt gebraucht wird, dem Reichswehrverwaltungsamt zur Verfügung gestellt worden.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung Dienstag, 1/10 Uhr. Anträge. Ministerberichterstattung, Ermächtigungsgesetz, Kaltegeß und Wahlprüfungen. Schluß 7 Uhr.

Der neuere Ausschuss der Nationalversammlung für die Friedensverhandlungen hat sich heute konstituiert. Er setzt sich zusammen aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien.

Als große Friedenssehndung der Nationalversammlung soll zum Schluß der heutigen Sitzung eine Wotstafel des Reichspräsidenten an das deutsche Volk verlesen werden.

Politische Uebersicht.

Der Raub- und Gewaltfriede.

* Aus Paris berichtet Ag. Havas: Der günstige Eindruck über die Richtung der der Verhandlungen des Vierzerrats bestätigt sich völlig. Zu den bereits gemeldeten Tatsachen sind folgende Mitteilungen bekannt geworden: Die Frage des Saarbezirks wurde so geregelt, daß die Vergarbeiter auf einige Zeit an Frankreich kommen. Deutschland wird für die Einwohner des Landes verantwortlich bleiben. Frankreich wird das Polizeiwesen ausüben. Die politische Souveränität des Landes untersteht einem Direktorium, das vom Viererband festgelegt wird und aus fünf Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus einem französischen, einem Einwohner des Saarbezirks und drei von der Konferenz festzustellende Persönlichkeiten. Die Einwohner des Saarbezirks

verfügen über alle bisherigen Rechte, werden aber keine Abgeborenen in das deutsche Parlament entsenden. Dies Regime dauert 15 Jahre. Nachher wird eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Landes vorgenommen. Wird eine solche zugunsten Deutschlands ausfallen, so wird Deutschland es zum Schätzungspreise von Frankreich zurückkaufen und die Summe in Gold begleichen müssen. In der Tat ist hier von einer Annexion keine Rede, (Man höre! Red.) da den Saarbezirk die Bewohner freie Hand gewährt wird, ihr Selbstbestimmungsrecht zu wahren.

Sodann wird ein weiteres Problem in der Entschädigungsfrage gelöst. Wie bereits gemeldet, soll Deutschland 125 Milliarden Entschädigungen bezahlen, wovon 55 Proz. Frankreich zufallen. Die Summe ist in jährlichen Raten zahlbar, von der die Minimalsumme von der Friedenskonferenz festgelegt wird. Die Frage der Garantie, die Frankreich gegenüber weiteren Angriffen Deutschlands erhalten soll, ist noch nicht geregelt. Der Vierzerrat hört dazu den französischen Standpunkt, der militärisch in der Neutralisierung des linken Rheinflusses und dem Verbot an Deutschland, dort Festungen, Garnisonen oder andere strategische Unternehmungen zu unterhalten, gipfelt.

Die Besetzung des linken Rheinflusses soll von Frankreich allein durchgeführt werden. Zudem bleibt eine neutrale Zone von 50 Kilometer Tiefe bestehen. Die weiteren Maßnahmen, sowie die Besetzung der Rheinbrücken werden nach 15 Jahren, wenn die deutschen Entschädigungen bezahlt sind, aufgehoben und die Truppen werden sich dann stufenweise zurückziehen. Der Vertrag sieht auch die Einschränkung der Rüstungen Deutschlands vor.

Der Eindruck dieser Abmachungen ist in Frankreich ein äußerst günstiger und man glaubt, daß eine Veränderung nicht mehr möglich sein wird. Die Westgrenze Deutschlands ist nun gezogen, ebenso ist die Ostgrenze nahezu erledigt. Es gilt nur noch die Frage der Staatengrenze auf der Balkanhalbinsel und gegen Ungarn zu regeln. Die Vorbereitungen hierzu sind erledigt. Der Vierzerrat dürfte nur noch die italienisch-slavische Grenze und die sibirische Frage zu erledigen haben.

Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß im Eingang zu den Friedensverhandlungen die „Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege“ festgesetzt werden wird.

Die Ankunft der deutschen Delegation in Versailles.

Nach französischen Blättern soll die deutsche Delegation demnächst nach Versailles gerufen werden. „Leit Parisien“ glaubt, daß die alliierten Regierungen sich bereits über das Datum geeinigt haben. Die Einberufung soll vor dem 20. April erfolgen. Nach dem „Echo de Paris“ sind die Diskussionen für die zweite und dritte Woche vorgesehen.

Clemenceau wird namens der Alliierten in der Präseur von Versailles dem Grafen Brockdorff-Rantzau den Text der einflussigen von der Konferenz angenommenen Bedingungen zur Kenntnis bringen. Nach dem „Leit Journal“ wird Lloyd George der Konferenz von Freitag ab in Paris wieder betrauen.

Zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Im Reichswirtschaftsministerium trat heute der Sachverständigenrat zusammen, der auf der Grundlage des Reichskohlengesetzes vom 23. März über die zukünftige Ausgestaltung der deutschen Kohlenwirtschaft zu beraten hat. In der Eröffnungssprache wies der Reichswirtschaftsminister auf die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hin und warnte vor übereifrigem Vorgehen bei dem Ausbau der Neuorganisation, da nur von der organischen Entwicklung von dem Vorhandenem Gutes erwartet werden könne.

Nach dem von der Regierung vorgelegten Arbeitsplan soll das Ausführungsgesetz bis Ende Mai mit dem Sachverständigenrat zusammen in endgültiger Fassung fertiggestellt sein, anfangs Juni dem Staatsauschuss und der parlamentarischen Kommission vorgelegt und Mitte Juni verabschiedet werden. In der zweiten Hälfte des Juni sollen dann die gemeinwirtschaftlichen Verbände und der Reichskohlenrat nach dem Gesetze gebildet werden, damit am 30. Juni die Kohlenwirtschaft endgültig sozialisiert ist. In den ersten Fragen, die heute zur Beratung standen — Aufbau der Organisation und Regelung des Handels — besteht völliges Einvernehmen der paritätisch zusammengesetzten Körperschaft. Besonders war die Ansicht ungeteilt, daß dem freien Kohlenhandel auch in Zukunft innerhalb des gemeinwirtschaftlichen Systems seine Berechtigung zukomme, da auf die Vorteile des freien Wettbewerbs nicht verzichtet werden könne und zudem bei Ausschaltung des Handels der Weg zur Bürokratisierung unüberwindlich sei. Über den Verlauf der Tagung, deren Dauer auf drei Tage berechnet ist, wird weiter berichtet werden.

Der 2. Rätekongress in Berlin.

In der gestrigen Sitzung des Rätekongresses wurde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens erörtert. An Stelle

Landestheater.

„... von Kammermoor“ gehört zu jener Operngattung, deren ganz auf Wohlklang der Melodie und formale Schönheit gestellter Musik von Zeit zu Zeit genossen werden sollte, wie das „dolce far niente“ eines sommerlichen Erholungstags. Die Tonsprache Donizettis bildet eine einzige, dem Ohr schmeichelnde Kammermusik gegenüber dem Meer kompromittierter musikalischer Arbeit, wie wir sie heute gewohnt sind. Freilich ist die Musik auch von glatter, schablonenhafter Faktur und von gleichförmiger Außerlichkeit, eine Zusammenfassung aller bewährten, auf Wirkung berechneten Effekte der alten „opera seria“. Zu oft genossen würde der Trank, den der Italiener uns kredenzet, in Wälde schal und süßlich munden. Die Hauptwirkung dieser echten Konzertoper hängt naturgemäß von der Besetzung der Gesangsstellen ab. In dieser Hinsicht aber läßt sich kaum ein geeigneteres Ensemble denken, als es unserm Landestheater bei der diesmaligen Aufführung zur Verfügung stand. Hier war vor allem unserer Koloraturfängerin, Frau von Ernst, in der Titelrolle Gelegenheit zur Entfaltung all der Vorzüge gegeben, auf deren harmonischem Zusammenwirken der eigenartige Reiz beruht, der ihre Leistungen vor denen der meisten ihrer Fachgenossinnen auszeichnet: ein virtuoses technisches Können, das ihr in der Kantilene sowohl wie im figurativsten Koloraturgesang die völlige Herrschaft über ihr Organ gewährleistet, eine eminente Musikalität, die sich auch in der absoluten Genauigkeit der Intonation befindet, eine reife gefangene Kultur und eine Fähigkeit der Besetzung und ausdrucksvollen Verlebendigung des Vortrags, wie sie nur einer Sängerin von seltener Intelligenz zu Gebote steht. So zeichnete die Künstlerin eine Lucia, der man Liebe, Innigkeit, Hingebung, Schmerz und Wahnsinn auch dort glaubte, wo die äußerlichen Effekte einer überlebten Tonprache alle Wahrheit des Empfindens totzuschlagen drohen. Daneben stand die prachtvolle Leistung Hellmut Neugebauer als Edgar, der mit seinem schönen und ausdrucksvollen Tenor nicht allein den Anforderungen des bel canto völlig gerecht wurde, sondern auch durch lebendige Darstellung und sinnemäßige Interpretation von Regitativ und Arie der wenig dramatischen Partie Temperament und Feinsinn einzulösen wußte. Mit kraftvollem und bewegtem Ausdruck gab Venno Ziegler, dessen schmelzsafter, charakteristisch gefärbter Bariton gerade dieser Partie aufs glanzvolle zufließen kommt, den tyrannischen Intriganten Ashton. Der klug-schöne Was des Herrn Ed. Döbereiner fügte sich ebenfalls in den

Nahmen des Solisten-Ensembles ein, das noch durch die Herren Bussard und Kalnbach und Fel. Koppfen deren schöne ruhige Tongebung auch diesmal wieder auffällig ergänzt wurde. Den guten Einzelleistungen entsprach der prächtige Zusammenklang der Stimmen in den Duetten und den Ensemblestücken, namentlich auch in dem großen Sextett des zweiten Aktes. Auch die Chöre und das Orchester boten unter Kapellmeister Lorenz sorgsam abgehoene Leistungen. In der herrlichen Aufmachung und der Regieführung leistete Herr Bussard auch diesmal das im Rahmen der Verhältnisse Mögliche. Unschön wirkte lediglich das Ballet im schottischen Hochlandskostüm mit Tritots. Warum läßt man die wenigen Takte nicht lieber durch den Chor tanzen? E. R.

Das alte und das neue Kurhaus in Baden.

* Der Badische Kunstgewerbeverein hatte dieser Tage zu einem Vortrag des Oberbaurat Stürzenacker über das alte und das neue Kurhaus in Baden eingeladen. In einer Begrüßungssprache betonte der erste Vorsitzende, Architekt Wittali, die Notwendigkeit, daß sowohl der Staat, als die Städte und Private dem Kunstgewerbe Aufträge erteilen, damit es sich von den schweren Schäden der Kriegsjahre wieder einigermaßen erholen könne. Als letzten großen Auftrag seitens des Staates nannte er den Umbau des Kurhauses in Baden, eine Aufgabe, die von dem Redner des Abends in mustergetreuer Weise gelöst worden sei. Oberbaurat Stürzenacker hielt sodann einen überaus fesselnden Vortrag über das allmähliche Werden des Kurhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt, den er zugleich zu einem lebensvollen Kulturbilde der Väterstadt für das vergangene Jahrhundert erweiterte. Einleitend legte er dar, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Stadt Baden das sogenannte Promenadenhaus für Kurweide erbaute, infolge seiner Unzulänglichkeit aber einige Jahrzehnte später das ehemalige Seilunterkammer (jetziges Rathaus), dafür einrichtete. Bei vermehrten Bedürfnissen wegen des steigenden Fremdenverkehrs erbaute dann Weinbrenner im Auftrag der Großherzoglichen Regierung 1822—26 das alte Kurhaus, bestehend aus einem großen Mittelbau, der die Spiel- und Konzertsäle enthielt, einem linken Flügelbau, dem alten Promenadenhaus mit dem Wirtschaftsräumen und einem rechten Flügelbau mit dem Theater. Diese

Flügel waren mit dem Mittelbau durch Hallen verbunden, hinter denen sich Kaufläden befanden. Während nun die äußere Architektur dieser Anlage auch in der Folgezeit im wesentlichen unangefastet blieb, wurden die inneren Räume in den Glanzzeiten Baden-Badens 1838—72 unter den Episcopätern Wenzel und Zeyher durch französische Künstler völlig umgebaut, neue Säle hinzugefügt, alle glänzend ausgestattete und zu einer Sebenswürdigkeit ersten Ranges erhoben. Nach Aufhebung des Spiels blieb der Bau über 40 Jahre lang im ganzen unverändert und erst in neuester Zeit gaben die vielfachen Mängel des linken Flügelbaues, der aus dem alten Promenadenhaus hervorgegangen war, den Anlaß, daß dieser durch einen vollständigen Neubau ersetzt wurde, der sich aber mit dem Mittelbau gut zu einer harmonischen Gesamtercheinung vereinigt. Nach eingehender Darlegung der bei dieser Erneuerung abzuwickelnden Gesichtspunkte, sowie einer Besprechung der Ausstattung und der von verschiedenen Künstlern ausgeführten Arbeiten, die auch durch eine größere Auswahl von Zeichnungen und Photographien veranschaulicht wurden, schloß der Redner seine inhaltreichen Ausführungen mit den besten Wünschen für ein neues Aufblühen der herrlichen Väterstadt.

Zeitschriftenschau.

Mit der sechsten erschienenen Nummer 3952 beschließt die Leipziger „Illustrirte Zeitung“ das erste Quartal 1919 Tagesgeschichtliche Ereignisse von größter Bedeutung für den Aufbau unseres Staatswesens sind in den verfloffenen Wochen vor sich gegangen. Sie haben ihren bildlichen Niederschlag in den vorliegenden Heften der Illustrirten Zeitung gefunden, die den Charakter der angeführten Wochenchrift als großzügige Zeitschrift auch sonst nicht verleugnen. Darüber hinaus ist die Illustrirte Zeitung aber auch ein vornehmtes Unterhaltungsblatt. Ihre drucktechnische Ausstattung, der alle Fortschritte der neuesten Reproduktionstechnik nutzbar gemacht werden, ist unübertroffen. Wer ein Blatt wahrhaft univertalen Charakters sucht, dem sei die regelmäßige Lektüre der Leipziger „Illustrirten Zeitung“ warm empfohlen. Der vierteljährliche Abonnementpreis von M. 18.— entspricht durchaus dem Wert und der Fülle des Gebotenen.

des antiken Karl Rautsch verlor seine Frau...
richt, in dem die Schaffung einer Organisation...
durch die den Arbeitern und Konsumenten in der Wirtschaft
der notwendige Einfluß auf den Produktionsprozess ermöglicht
werden soll. Nur zur Sozialisierung reife Produktionszweige
dürften sozialisiert werden. Die bäuerliche Landwirtschaft
sei noch nicht reif dafür. Die heutige Koalitionsregierung
habe die Sozialisationskommission zur Bedeutungslosigkeit
herabgedrückt. Man schaffe ein Sozialisationsamt und erweitere
dessen Befugnisse für Reich, Staat und Gemeinde.

In der Erörterung erklärte Kautsch (Soz.): Wenn Rautsch
das Konsumenteninteresse an die Spitze stelle, so sei das ein
Verstoß ins Manchesterliche.

Reichsminister Wiffel erklärte sich mit dem Bericht einverstanden
und lehnte nur die gegen die Regierung gerichteten
Ausführungen ab.

König-Halle (L. S.) sagte: Die Betriebe müssen durch Betriebs-
rat und Arbeiterrat von innen heraus für die Sozialisierung
reif gemacht werden.

Der Sieg der Regierung Hoffmann.

* Die aus Bayern an Berliner zuständiger Stelle vorliegenden
Nachrichten ergeben, daß an dem vollständigen Sieg der rechtmäßigen
Regierung Hoffmann nicht mehr zu zweifeln ist.

Die Zustände in Braunschweig.

* Die Lage in Braunschweig ist, so wird aus Gargburg gemeldet,
im ganzen unbedeutend. Der bürgerliche Streit erweist sich
immer mehr als unglücklich für die Entwicklung der Dinge;
nicht nur, daß durch die Einstellung des Post- und
Druckverkehrs die Lügen der Kommunisten ungehindert weiter
wirken können, die Kommunisten holen nun ihrerseits zu einem
Gegenschlag auf die Bürgerpartei aus. Merges hat verfügt,
daß Brot nur an die Konsumvereine ausgegeben werde, die
„Reihen“ sollen verhängen. Trotzdem ist nach wie vor damit
zu rechnen, daß die überwiegende Mehrheit der freizeidlichen
Arbeiter am Montag die Arbeit wieder aufnehmen wird. Die
Stadt Braunschweig stellt sich immer deutlicher als die Zentrale
einer wohlorganisierten bolschewistischen Propaganda über ganz
Westdeutschland dar, in der Eichhorn, Merges und die Unabhän-
gigen Vertreter die Hauptrollen spielen.

General Merges erhielt nach einer Meldung aus Berlin
von dem Reichswehrminister den Befehl, zur Wiederherstellung
gesicherter Verhältnisse im Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-
verkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung von
Gewalttätigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten, mit seinem
Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird
in den allernächsten Tagen erfolgen.

Lenins Umkehr.

* Ueber ein Gespräch mit Lenin wird aus Stockholm berichtet:
Lenin räumte ein, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution
irrig bemessen habe. Vielleicht in 10 Jahren werde sie
eintreten. Diese Worte werden für Rußland zu lang sein.
Es könne nicht länger gegögert werden, dem Zusammenbruch
vorzubeugen. Zu diesem Zweck müßten schleunigst Ver-
kehrsmöglichkeiten geschaffen und das Eisenbahnmaterial
wieder instand gesetzt werden. Deutsche Ingenieure und
deutsche Lokomotiven seien erwünscht.

Badischer Teil.

** Die Badische Hof- und Landesbibliothek ist nach Sitzung § 20
von Grundonnerstag bis einschließlich Sonntag den 27. April
geschlossen. Die auswärtigen Benutzer werden ersucht, hiervon
Kenntnis zu nehmen.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

** Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit wird
der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte mit allen
gesetzlichen Mitteln, insbesondere durch die Verweigerung
der Ausstellung von Arbeiterlegitimationskarten entgegengetreten.
Auch die Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter
in der Landwirtschaft wird nur dann zugelassen,
wenn der Unternehmer nachweist, daß er keine geeigneten
deutschen Arbeitskräfte erhalten kann und daß sonst die
Wirtschaft seiner Grundstücke notleidend müßte.
Soweit es sich bei den ausländischen Arbeitskräften um
Personen handelt, die schon länger in Baden ansässig
sind, oder deren Beschäftigung im Inland im öffentlichen
Interesse liegt, wird die Arbeiterlegitimationskarte
wie bisher ausgestellt. Die Auswanderung ausländischer
Arbeiter aber wird, wenn irgend möglich, durch rasche
Ausstellung der Reisepapiere usw. erleichtert.

Änderungen im Beamtenwesen.

* Die badische Regierung wird demnächst beschließen, daß in
Zukunft keine neuen Titel mehr verliehen werden, und daß
lediglich noch Auszeichnungen in Frage kommen sollen. Da die
jetzigen Auszeichnungen zum Teil sehr unständig und ungeeignet
sind, ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit neue Auszeichnungen
für den Bereich der gesamten Staatsverwaltung zu schaffen. Im
„Badischen Beobachter“ wird ferner mitgeteilt, daß bei den
Zurücksetzungen der Beamten künftig in der Veröffentlichung
nicht mehr die Anerkennung langjähriger treuegetreuer Dienste
ausgesprochen werden solle, sondern lediglich die
Tatfache der Zurücksetzung. In dazu geeigneten
Fällen wird dafür ein Handschreiben des Staatspräsidenten
dem Beamten die Anerkennung des Staates für die geleisteten
Dienste auszusprechen. Auch der Verzichtung des
Beamtenstandes soll, wie wir hören, die Regierung in
näherer Zeit erhöhte Augenmerk schenken und
hierzu geeignete Maßnahmen treffen.

Sowohl der „Badische Beobachter“. Ein endgültiger
Beschluss wird erst dieser Tage gefaßt werden. Daß die
überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die neue
Maßnahme der Regierung mit lebhaftem Beifall
begreifen wird, unterliegt für uns keinem Zweifel.
Es ist ein wahrer Segen für unser Volk, daß mit dem
Titelverlust nun endlich ein für allemal aufgeräumt
wird. Dem Grundgedanken der von der Regierung in
Ausicht genommenen Entschlüsselung wird es entsprechen,
wenn künftig die Beamten, die Titel besitzen, keinen
Anspruch mehr darauf haben, im Dienst mit diesen
Titeln angerechnet zu werden.

Gegen die Vereinigung von Baden und Württemberg.

* Zu der jetzt vielörterten Frage einer Vereinigung
Badens mit Württemberg hat die Kreisverordnetenversammlung
den Bescheid gegeben, daß die Kreisverordnetenversammlung
den Bescheid gegeben, daß die Kreisverordnetenversammlung

...ng genommen, so sie den Bescheid
... ohne Verzug ausforder, durch eine öffentl.
Erklärung zu bekunden, daß Industrie und Handel des Landes
wohl im Einklang mit der Mehrheit der übrigen Bevölkerung
selbständig Baden festhalten wissen wollen. Die
Kammer vertritt den Standpunkt, daß bei einer Verschiebung
des staatlichen Mittelpunktes von der jetzigen Landeshauptstadt
weiter nach Osten der Süden unseres Staatsgebiets, namentlich
aber Ortenau, Breisgau und Markgräflerland auf
schwerste benachteiligt, in Bestand und natürliche Ausbildung
unseres Verkehrslebens und Wirtschaftslebens tief eingegriffen,
vor allem die Beziehungen des badischen Oberlandes zu den
entscheidenden Stellen außerordentlich erschwert würden.
Die Kammer verkennt gleichwohl nicht die Bedeutung eines
engeren Anschlusses an Württemberg, und sie hat, nicht zuletzt
im Hinblick auf die Notwendigkeit eines engeren Einvernehmens,
ihr oftmals vorgebrachtes Begehren nach endlichem
Ausbau der Elztalbahn erneuert. Sie stützt sich dabei auf den
Vorrang, der diesem Plan gegenüber anderen Verkehrsprojekten
von der früheren Volksvertretung Badens durch wiederholte
einzelne Beschlüsse eingeräumt worden ist.

Lehrerschaft und Schulbeiräte.

* Während einige Lehrervereine erklärt haben, daß sie mit
den neugeschaffenen Schulbeiräten keineswegs einverstanden
sind, scheint der Badische Lehrerverein eine etwas verständlichere
Haltung einzunehmen. In der letzten Nummer seines
Verbandsorganes wird nämlich erklärt, daß durch die Schulbeiräte
der Lehrerschaft ein dankens- und anerkennenswertes
Mitwirkungsrecht in Unterrichts- und Erziehungsfragen
eingeräumt wird. Der Weg zur Selbstverwaltung sei eröffnet.
Die Lehrerschaft müsse nun selbst für die rechte Auswirkung und den
weiteren Ausbau Sorge tragen, indem sie die Schulbeiräte mit
dem Geist des gesunden Fortschritts, des tüchtigen Bestrebens,
der Schule, der Jugend und der Volksbildung zu dienen,
beleben.

Die Handelskammer Karlsruhe gegen die Sozialisierung des Lebensmittelhandels.

* Die Handelskammer Karlsruhe hat das Ministerium d. Innern
auf die große Beunruhigung aufmerksam gemacht, die sich der
Kleinhandelskreise im Hinblick auf die Bestrebungen nach
Sozialisierung des Lebensmittelhandels bemächtigt hat. Die
Kammer hat darauf hingewiesen, daß eine derartige Sozialisierung
zahlreiche Gefahren sowohl des Kleinhandels als auch des
Großhandels und der Agenturen vernichten würde und
daß sie auch nicht im Interesse der Konsumenten selbst läge.
Insbesondere hat die Kammer hervorgehoben, daß durch eine
Sozialisierung zahlreiche Angestellte stellenlos würden, und
sie hat das Ministerium gebeten, energisch dahin zu wirken,
daß der Kleinhandelsstand nicht durch Sozialisierungsexperimente
zugrunde gerichtet wird.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot in Karlsruhe.

* In Karlsruhe hat die Wohnungsnot allmählich einen Umfang
angenommen, der tatkräftige Hilfe als gebieterische Notwendigkeit
erscheinen läßt. Der Stadtrat hat dem auch soeben mehrere
Vorlagen angenommen, die dem Mangel entgegenarbeiten
sollen. In der ersten wird die Zustimmung des Bürgerausschusses
zur Errichtung von acht Wohnhäusern auf dem südlichen
Gelände östlich der Zullstraße beantragt. Nach dem
vom Hochbauamt ausgearbeiteten Voranschlag erfordert die
Ausführung 2 120 000 Mark.

Eine weitere Vorlage sieht die Errichtung einer Kleinhäuser-
siedlung auf dem Domänengelände nördlich der Durlacher
Allee, östlich der Bahnhofsstraße-Karlsruhe-Mannheim vor.
Das 30 000 Quadratmeter umfassende Gelände soll von dem
Badischen Domänenamt in Erbbaurecht übernommen werden.
Auf dem Gelände sollen im ersten Ausbau zunächst 54 Familien-
häuser mit einem Höchstaufwand von 12 000 M. für das
Haus erstellt werden.

Eine dritte Vorlage beantragt, der Bürgerausschuß wolle
seine Zustimmung dazu erteilen, daß aus Anlehensmitteln ein
Betrag von zwei Millionen Mark für die zu gewährenden Bau-
kostenzuschüsse zu Wohnungsbauten bereit gestellt wird. Zur-
zeit liegen dem Stadtrat 300 Gesuche um Gewährung von
Baukostenzuschüssen vor.

Des weiteren beantragt der Stadtrat, der Bürgerausschuß
wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß die Anlieger-
beiträge für Herstellung der Straßen, Gehwege und
Schmutzwasserkanäle ermäßigt werden, wenn in den Jahren
1919 oder 1920 auf dem betr. Grundstück ein Kleinhäuserhaus
erbaut und bezogen wird. Die Minderzahlung der Kosten von
je einem Fünftel der Anliegerbeiträge erfolgt unter der Vor-
aussetzung, daß die Wohnung in dem betreffenden Jahr un-
unterbrochen von einer Familie mit 4 oder mehr minderjähri-
gen Kindern bewohnt war. Es handelt sich also um eine Maß-
nahme zur Unterbringung von kinderreichen Familien.

Die Handwerker-Genossenschaft beabsichtigt, auf dem
Herdwäldgelände, nördlich der Grenadierkaserne und des
Kadettenhauses zwischen Exerzierplatz und ehemaliger Rheintal-
bahn Wohnhäuser für den Mittelstand und minderbemittelte
Kreise zu erstellen, um dadurch der Wohnungsnot zu steuern
und zugleich den Handwerkern und Arbeitern Arbeitsgelegen-
heit zu bieten. Das erforderliche Gelände (rund 250 000 Qua-
dratmeter) soll durch die Stadt erworben und der Genossen-
schaft im Erbbaurecht abgegeben werden. Es soll in die Stadt-
gemarkung übergehen. Der Stadtrat erklärte sich in seiner
letzten Sitzung grundsätzlich hiermit einverstanden und ersuchte
das Finanzministerium um Überlassung des Geländes für die
Stadt. Er betrachtet indessen diesen Eingriff in den Herd-
wäld als eine lediglich durch die gegenwärtige Wohnungsnot
gerechtfertigte Ausnahme von dem im übrigen festzuhaltenden
Grundsatz, daß der Herdwald in der Nähe der Stadt erhalten
bleiben muß.

In übrigen sieht sich auch die Stadt Karlsruhe gleich den
Schweizerstädten Mannheim und Freiburg genötigt, von der
ministeriellen Ermächtigung Gebrauch zu machen, anzuordnen:
1. daß Wohnungen und Räume nur unter Namensangabe des
Vermieters und genauer Bezeichnung von Straße, Hausnum-
mer und Stodwerk zu Wohnzwecken öffentlich ausgeschrieben
werden dürfen, 2. daß das öffentliche Versprechen einer Ver-
mietung für den Nachweis von Mietwohnungen und Miet-
räume, sowie die öffentliche Aufforderung zur Abgabe von
Preisangeboten auf die Mietwohnungen und -räume ver-
boten ist, 3. daß die Vermietung, Überlassung und Inanspruch-
nahme von bewohnten und unbewohnten Wohnungen und Räu-
men zu Wohnzwecken nur mit vorheriger Zustimmung der Ge-
meindebehörde zulässig ist. Es ist zu begrüßen, daß sich der
Stadtrat ohne langes Zögern auch zu diesem Schritt entschlossen
hat, dessen Notwendigkeit auf der Hand liegt.

Der Schleichhandel in Südbaden.

oc. Schon seit längerer Zeit war bekannt, daß in Konstanz
der Schleichhandel ganz besonders blüht. Der „Alb-Blatt“ in
Badshut veröffentlicht nun eine Darstellung über die Hotel-
verhältnisse in Konstanz, aus der hervorgeht, daß die Zentrale
des Schleichhandels an der deutsch-schweizerischen Grenze in
Konstanz liegt. Die Hotels und Gasthäuser seien in den meis-
ten Fällen derart überfüllt, daß man keine Unterkunft finden
könne. Auf die neugierige Frage eines Reisenden nach der
Ursache dieses großen Fremdenzuflusses wurde ihm von dem
Hotelportier der Bescheid, daß es in der Hauptsache Schleich-
händler seien, die die Konstanz Hotels besäßen und den da
aus ihre Fahrten ins ganze Bodenseegebiet unternahmen.
Sie seien von Großabnehmern der gefamtesten Waren fest
angestellt und überschwemmen Dörfer und Höfe, um dort
die Lebensmittel zu ungeheuren Preisen aufzulaufen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Mannheim, 14. April. Der Mörder des Kommerzienrats
Reuter, der Geiger Friedr. Georgi aus Birmenheim, ist auf
einem Gut im Baderischen verhaftet worden. Georgi ist
bekanntlich den Fabrikanten Reuter auf offener Straße nieder-
geschossen.

B.C. Pforzheim, 13. April. Hier hat sich eine Mittelstands-
vereinigung begründet, die mit ihrem Programm in der näch-
sten Woche hervortreten wird. Auch hat man die Abhaltung
von Versammlungen geplant.

B.C. Pühl, 13. April. Eine große Schnapsjähreung ist
hier aufgedeckt worden. Es sollen 10 000 Liter unrechtmäßig
Bleiße nach auswärts gefahren worden sein. Verhaftet wurden
10 Personen aus Pühl, Steinbach, Eifental und aus Bühlertal.

B.C. Urloffen, 13. April. Zwei Bürgerföhne wurden in der
Nähe der neutralen Grenze von den Franzosen mitgenommen
und die ganze Nacht im Wachtlokal gehalten. Ihre Eltern
mußten ein Pfögegeld von je 50 M. bezahlen. Sie hatten die
Grenze nicht überschritten.

oc. Billingen, 15. April. Redakteur Fehreke von dem hiesigen
Zentrumsblatt „Billinger Volksblatt“, der vor einem Monat
gewaltam aus der Stadt entfernt worden ist, ist wieder hier-
her zurückgekehrt und hat seinen Posten wieder übernommen.

Aus der Landeshauptstadt.

Konzerthaus. Da Konzertmeister Fescher infolge Verkehrs-
störung verhindert ist, rechtzeitig aus Urlaub einzutreffen, kommt
im morgigen Sinfoniekonzert anstatt des Doppelsonnerates von
Brahms die erste Sinfonie von Beethoven zum Vortrag.

* Eine neue Postkartenreihe aus dem Stadtpark. Im Auf-
trag der Stadtparkkommission ist dieser Tage eine neue Serie
von Künstlerpostkarten mit Ansichten aus dem Stadtpark
herausgegeben worden. Es sind 12 Postkarten mit
künstlerisch nachgebildeten Aquarellen von Kunstmalern
Bolz. Neben einer Anzahl von besonders hübschen und in
ihrem Farbenschwung äußerst dekorativ wirkenden Einzelan-
sichten aus dem Stadtpark, bekanntlich einer der schönsten
Anlagen dieser Art, hat der Maler durch seine Kunst Na-
turschönheiten erschlossen, an denen vielleicht viele Besucher
des Stadtparks achlos vorübergegangen sind. All diese Bil-
der vom Schwannensee, vom Warmwasserfeld, vom Anstaltungs-
feld der verschiedenen Blumenarten, vom kleinen Teich in der
japanischen Abteilung, aus dem Pflanzenhaus usw. zeigen in
ihren Einzelheiten eine Fülle von Pracht und Schönheit.

Ladengeschäftzeit. Hierzu wird uns geschrieben: Nachdem
seitens der Reichsregierung auch für das Verkaufspersonal die
achtstündige Arbeitszeit angeordnet wurde, ist die Ladengeschäfts-
zeit in Karlsruhe, den seitens der Arbeitnehmer geäußerten
Wünschen entsprechend, allgemein auf die Zeit von morgens
8 bis abends 6 Uhr vereinbart worden. Um die Schluszeiten
pünktlich einhalten zu können, empfiehlt es sich, die Einläufe
in den Vormittags- oder den frühen Nachmittagsstunden vor-
zunehmen. (Siehe die Anzeige.)

Staatsanzeiger.

Die vorläufige Volksregierung hat am 20. März d. J. den
Oberjustizsekretär Heinrich Frey beim Amtsgericht Adelsheim
seinem Antrag entsprechend unter Anerkennung seiner lang-
jährigen treu geleisteten Dienste und unter Verleihung des
Titels Kanzleirat wegen vorgerückten Alters auf 1. Juli d. J.
in den Ruhestand versetzt.

Die vorläufige Volksregierung hat unterm 22. März d. J.
den Oberjustizsekretär Ludwig Süßmann beim Landgericht
Woschbach seinem Antrag entsprechend unter Anerkennung sei-
ner langjährigen treu geleisteten Dienste und unter Verleihung
des Titels Kanzleirat auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand
versetzt.

Die badische vorläufige Volksregierung — Gesamtmini-
sterium — hat mit Entschlüsselung vom 23. März d. J. den
Obergeometer Johann Maier bei der Oberdirektion des Waf-
ser- und Straßenbaues auf sein Ansuchen wegen vorgerückten
Alters in Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten
Dienste auf 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unterm 1. April
d. J. den Oberverwaltungssekretär Friedrich Klingmann beim
Bezirksamt Heidelberg seinem Ansuchen entsprechend wegen
leidender Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unterm 1. April
d. J. den Rechnungsrat Blasius Kläber in Karlsruhe auf An-
suchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner
langjährigen treuen Dienste auf 1. Juli d. J. in den Ruhe-
stand versetzt.

Das Ministerium der Justiz hat unterm 4. März d. J. den
Justizaktuar Otto Rehringer beim Notariat St. Blasien zum
Amtsgericht Waldkirch versetzt.

Die allgemeine Beerdigung von Sachverständigen betr.

Univeritätsprofessor Dr. Alfred Kreuz in Baden-Baden ist
am 31. März d. J. durch das Amtsgericht Baden als Sachver-
ständiger zur Erkattung von Gutachten über chemische Unter-
suchungen, insbesondere über Kalkanalysen, gemäß § 410
Absatz 2 ZPO., § 79 Absatz 2 SPO., § 15 FGG. allgemein
beerdigt worden.

Karlsruhe, den 8. April 1919.
Ministerium der Justiz,
Der Ministerialdirektor:
Duffner. Dießler.

Amtliche Bekanntmachung.

Das Badische Volkshier betr.
Zur Schutze unserer Heimat hat die Bad. Volksregierung mit dem Generalkommando ein Badisches Volkshier mit folgenden Standorten aufgestellt:
für Infanterie: Heidelberg, Bruchsal, Durlach, Freiburg i. B., Radolfzell, Billingen;
für Feldartillerie: Söllingen, Freiburg i. B., Büchenau, Ebnet, Kuppenheim, Weingarten;
für Kavallerie: Bruchsal, Eppingen und Sinsheim;
für Flieger: Freiburg i. B.;
für Kraftfahrer: Weinheim; 2.710
für Pioniere: Baden-Baden;
für Nachrichten-Truppen: Bretten.
Freiwillige im Alter von 21-36 Jahren werden zum Eintritt in das Badische Volkshier gesucht.
Straffe Disziplin, Unterordnung, Felddienstfähigkeit, einwandfreie Führung und Kriegserfahrung sind Voraussetzung. Ausnahmeweise können auch ungediente jüngere Leute zum Zwecke der Ausbildung angenommen werden.

Bei freier reichlicher Verpflegung wird die Wohnung entsprechend den Dienstgraden, also mindestens 30 Mark monatlich nebst 4 Mark täglicher Zulage, gewährt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Badischen freiwilligen Formationen als militärische Gruppen anzusehen sind, deren Angehörigen ein Anspruch auf Familienunterstützung und Hinterbliebenenfürsorge im Falle der Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen zusteht.

Die Meldung erfolgt beim Bezirkskommando des Landwehrbezirks des Wohnortes. 2.710
Der Garnisonort kann von dem sich Meldenden gewählt werden. Auskunft und Rat werden von den Bezirks- und Bürgermeisterämtern erteilt.

Karlsruhe, den 12. April 1919.
Bezirksamt. *D.-3. 136

Mittwoch, den 16. April, Anfang 1/8 Uhr:

4. Sinfonie-Konzert

der Kapelle des Landes theaters.

Mitwirkende: Josef Reischer und Paul Kraubetter.

Programmfolge:

1. Beethovens erste Sinfonie.
 2. Brudners 7. Sinfonie E-dur für großes Orchester.
- Eintrittspreise 1-5 Mark.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg

Seit 1895: Abitur, Prima 7/8 Kl. erfolgr. Ueberleitung i. alle Gymnas. u. Real-Klassen. Familienheim.

Bad. Baugewerkschule Karlsruhe.

Das Sommer-Semester 1919 beginnt für die vier technischen Abteilungen

Freitag, den 2. Mai 1919, vormittags 8 Uhr.

Für Neueintretende finden gleichzeitig Aufnahmeprüfungen und Einweisungen statt. Dem Besuch der geführten obersten Klassen schließen sich die staatlichen Werkmeisterprüfungen an. 3.368

Auch für die Studierenden der angegliederten Gewerbelehrer-Abteilung wird am gleichen Tage das Semester eröffnet.

+ Kranentransporte

von Zivilpersonen mit dem Liege- oder Sitz-Sanitäts-Kraftwagen für hier und auswärts übernimmt zu Tag- und Nachtzeit :: auf telephonischen Anruf ::

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz
Stefanienstraße 74 Telefon 486

Die neue badische Verfassung

(Wortlaut des Gesetzes)

Inhalt: I. Die durch die verfassunggebende Nationalversammlung beschlossene Verfassung vom 21. März 1919. II. Das Gesetz betr. die Volksabstimmung über die Verfassung vom 21. März 1919 und über die Fortdauer der Nationalversammlung vom 28. März 1919 nebst Muster eines Stimmzettels.

Preis 50 Pf.



Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

Laden-Geschäfte

sind geöffnet von

8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Detailisten-Vereinigung
Karlsruhe e. B.

Empfehle mich zum Ankauf von
Offiziersuniformen, Wäsche,
Schmucksachen aller Art
F986 usw. Gest. Angebote erbittet
Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52 Telefon 3747.

Günstige Papierkaufgelegenheit für Beamten.

Wir liefern solange Kanzelei bezw. Konzeptpapier, Vorrat reicht:
Normal 3a und 4a, gemischt, garantiert holzfrei, II. Wahl, 1000 Bg. = 27.- M., 1000 St. halbe Bg. = 14.- M., 1000 St. 1/2, Kanzelebätter = 7.50 M. 3.192
G. Knapp & Cie., Papierwarenfabrik, Pfaffingen (Wtbg.)

Altertümer:

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 229. Tel. 1154

Wie wählen wir

in Baden den Bürgerausschuß und den Stadtrat od. Gemeinderat nach dem Verhältniswahlverfahren?

Von Kammerstenograph Ernst Freh. Mit ergänzenden Vorschlägen von Min.-Rat Dr. E. Ritter. - Preis 70 Pf. und Teuerungszuschlag.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe (Baden).

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der

Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:
b. Eintrittsalter (Jahre) 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75
jähr. % d. Einlage: 7,248 | 8,244 | 9,612 | 11,496 | 14,196 | 18,120

Bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze. Für Frauen gelten besondere Tarife.

Vermögenswerte Ende 1917: 123 Millionen Mark.

Tarife u. nähere Ausk. durch: Heinrich Kasten in Mannheim, Augusta-Anlagen 17. General-Agent Ludwig Ziegler in Karlsruhe, Westendstr. 14.

Von tüchtigen kautionsfähigen Geschäftsleuten kleines gutgehendes

Gasthaus, Kaffee oder Weinstube

zu pachten gesucht. Offerten unter G. 362 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bezirks- und Stadtvertreter für Württemberg und Baden gesucht

die bei Apotheken, Friseur, Kolonial-Waren, Kurz- und Strahlenhäusern und Baugeschäften bestens eingeführt sind. Hohe Provision. Ausfühliche Angebote an Duttonhofer u. Reißler, Stuttgart, Weimarstr. 44

Am Ostersamstag, den 19. April bleiben unsere Geschäftsräume, die der Reichshauptbank in Berlin und sämtlicher übrigen Reichsbankanstalten **geschlossen.**

Karlsruhe, den 14. April 1919.

Reichsbankstelle.

Stössel, Hartung, I. V.

Am Ostersamstag, 19. April d. Js. bleiben unsere Geschäftsräume **geschlossen.**

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Versicherung Aufruhr Plünderung Raub

gegen

vermittelt gegen mäßige Prämien und coulante Bedingungen

Generalagentur der **Wilhelm Briese, Karlsruhe** Gartenstr. 44b
„Allianz“ für Baden Tel. 2705.

Generalagent Saar, Karlsruhe, Kaiserstr. 243, Tel. 546
Generalagent Pfanner, Karlsruhe, Hirschstr. 51a, Tel. 2088.

Jäger!

Für Reparaturen an Jagdgewehren ist jetzt die geeignetste Zeit, insbesondere für Neuanschaffung u. Umarbeitungen, Anfertigung v. Einzelteilen, Ausbesserung v. Zylinderkammern, u. u. u. Waffen-Ratzel, Kaiserstrasse 229, Eingang Hirschstraße. 3.116

Suche ca. 25 Meter eiserne Gartenzaun

zu kaufen. Angebote unter G. 365 an die Exped. d. Bl. erbeten. 3.365

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2.681.22. Eberbach. Das Amtsgericht Eberbach hat folgendes Aufgebot erlassen: Auf Antrag des Steuernehmers Georg Adam Eder in Eberbach wird der am 12. Januar 1824 zu Neunkirchen geborene, verheiratete Johann Adam Neumann, zuletzt wohnhaft in Neunkirchen, aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 6. Nov. 1919, vormittags 11 Uhr, bestimmten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird. Zugleich werden alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen, aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Eberbach, 10. April 1919. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

2.703. Karlsruhe. Das Kantonsverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Hermann Weß in Karlsruhe wurde, nachdem der Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist, aufgehoben.

Karlsruhe, 10. April 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. VI.

2.682. Pforzheim. Die Entmündigung des Goldarbeiters Wilhelm Friedrich Reicht in Pforzheim, Hilse 97, wegen Trunksucht wurde durch Beschluß des Amtsgerichts vom 8. April 1919 aufgehoben.

Pforzheim, 11. April 1919. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A. III.

2.705.2.1. Schweigingen. Der Handelsmann Josef Weß in Hohenheim hat beantragt den verstorbenen Kaufmann Hermann Koch, geboren am 23. Februar 1882 in Hohenheim, zuletzt wohnhaft in Hohenheim, für tot zu erklären.

Der bezeichneter Verstor-

lene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, 4. November 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Schweigingen - Zimmer Nr. 7 - anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Schweigingen, 8. April 1919. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

2.704.2. Mannheim. Die Vermögensverwaltung des

aussteuer im Betrage von 1000 Mark zu vergeben. Zur Teilnahme an der Verwertung sind berechtigt:

1. Mädchen aus der:ter Abstammung von dem Stifter.
2. Töchter der an der Stiftung angefallenen Pater.
3. Vaterlose Töchter aus der hiesigen israelitischen Gemeinde.

Anmeldungen sind unter Vorlage der Geburtsurkunde sowie der Zeugnisse über eventuelle Verwandtschaft und den Leumund bis 15. Mai d. J. anber einzureichen. F.964.2

Mannheim, 2. Febr. 1919 Die Stiftungsverrechnung. Schorsch.

2.705.2.1. Mannheim. Die Vermögensverwaltung des

aus der Koppel Levi-Stiftung ist eine Heiratsaussteuer für 1917/19 im Betrage von 1000 Mark zu vergeben. F.963.2

Einmalige Bewerbungen sind bis 15. Mai d. J. anber einzureichen. Denselben sind beizufügen: Die Geburtsurkunde, Leumundzeugnisse, ferner beglaubigte Zeugnisse über den Grad der Verwandtschaft mit dem Stifter, sowie der Nachweis, ob die Eltern der Bewerberinnen noch leben und ob dieselben kein eigenes oder elterliches Vermögen im Betrage von 1000 Mark besitzen.

Die direkten Verwandten haben den Vorrang. Mannheim, 2. Febr. 1919 Die Stiftungsverrechnung. Schorsch.

2.706.2.1. Mannheim. Die Vermögensverwaltung des

Die Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe verleiht in öffentlicher Verdingung die Verfuhr der für die Neupflasterung der Kurfürstlichen Allee benötigten Klein- und Grobplastersteine, ab Station Karlsruhe Hauptbahnhof, Karlsruhe Hauptbahnhof oder ab Neureut nach der Baustelle in zwei ungefähr gleichgroßen Losen mit insgesamt 1560 Tonnen Gewicht am 24. April ds. J., vormittags 10 Uhr.

Angebote wollen auf diesen Termin schriftlich mit der Aufschrift „Verfuhr von Plastersteinen“ versehen, auf dem Geschäftszimmer Medienbacherstraße Nr. 23, wo auch die Bedingungen zur Einsicht aufliegen, eingereicht werden. Aufschlagsfrist beträgt zwei Wochen. 2.702.2.1

2.707.2.1. Mannheim. Die Vermögensverwaltung des

aus der Elias Geyum-Stiftung ist eine Heirats-